

Mayer, Otto G.

Article — Digitized Version
Die Zukunft nach RIO

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mayer, Otto G. (1976) : Die Zukunft nach RIO, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 11, pp. 538-539

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135005>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

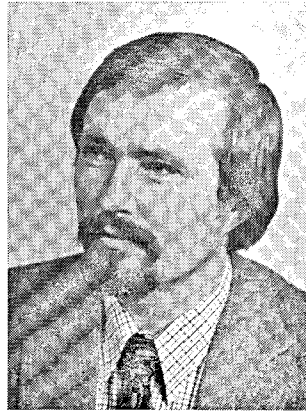
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Die Zukunft nach RIO

Die Forderung der Entwicklungsländer nach einer Neuordnung der Weltwirtschaft prägt mittlerweile nahezu jede internationale Tagung. Daneben laufen aber schon auf verschiedenen Ebenen intensive Verhandlungen zwischen den westlichen Industrieländern und den Entwicklungsländern, die eine Reform, Verbesserung oder, wenn man so will, eine Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen Staatengruppierungen zum Ziel haben. Neben den währungspolitischen Reformbestrebungen sind u. a. zu nennen die multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen des GATT, die Ende 1973 ihren Beginn nahmen und auf deren Tagesordnung auch eine Revision des GATT-Abkommens steht; die in Paris laufende Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit; sowie die Ende September im Rahmen der UNCTAD aufgenommene Überprüfung einzelner Rohstoffe auf ihre Eignung für Rohstoffabkommen. Im nächsten Jahr stehen Gespräche über einen Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung von derartigen Rohstoffabkommen sowie über die Verschuldungsprobleme der Entwicklungsländer an.

Angesichts der häufig stark kontroversen Forderungen der Entwicklungsländer und der bislang bescheidenen Fortschritte, die bei den schon laufenden Verhandlungen erzielt wurden, verdient natürlich ein Versuch, die Frage zu beantworten, wie eine internationale Ordnung aussehen sollte bzw. welche Schritte in dieser Richtung unternommen werden sollten, um den Bedürfnissen der heutigen und der künftigen Generationen nachkommen zu können, eine besondere Beachtung.

Diesen Versuch unternahmen vor rund zwei Jahren 21 Experten unter Leitung des Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaften, Jan Tinbergen, im Auftrag des Club of Rome. Ihr Bericht „Reshaping the International Order“ (RIO) liegt nun vor. Nach den apokalyptischen Visionen der „Grenzen des Wachstums“ und dem Verlangen nach einem „organischen Wachstum“ in „Die Menschheit am Wendepunkt“ wird uns nun gesagt – soweit der voraussichtliche Titel der deutschsprachigen Ausgabe –: „Wir haben nur eine Zukunft. Reform der internationalen Ordnung“. Wie sieht nun diese eine Zukunft aus? Nach der Lektüre des Berichts zu urteilen – und leicht überspitzt formuliert –: sehr dirigistisch und verplant, und für die heutigen westlichen Industrieländer ist der Weg dorthin mit sehr viel Entbehrungen gepflastert.

Es ist hier zwangsläufig nicht der Raum, um detailliert auf die Fülle von Problemen und Aktionsvorschlägen eingehen zu können, die von dem RIO-Bericht für die behandelten zehn Hauptproblembereiche (Rüstungswettlauf, Bevölkerungswachstum, Nahrungsmittelversorgung, menschliches Wohnen, Umwelt, internationales Währungs- und Handelssystem bzw. Entwicklungshilfe, natürliche Ressourcen und Energie, Wissenschaft und Forschung bzw. transnationale Unternehmen, Meere, Weltraum) aufgezeigt und unterbreitet werden. Wenn diese Fülle auch einerseits verwirrend ist, so liegt schon allein in dieser Fleißarbeit ein Verdienst des Berichts, dürfte doch nun jedem andererseits klar werden, welchen schier unüberwindlichen Problemen und Fragen sich die internationale Gemeinschaft – sofern es sie gibt – gegenüber sieht, wenn sie zu einer „gerechten Ordnung“ – wie auch immer definiert – gelangen will. Ein Aspekt grundlegender Natur soll jedoch erwähnt werden:

Den Bericht durchzieht eine starke Tendenz zum Egalitarismus, d. h. die Tendenz, jede wirtschaftliche Ungleichheit abzulehnen. Von dieser Werteposition ausgehend kommt man angesichts des Ausmaßes der Unterschiede in den Pro-Kopf-Einkommen und generell der Lebensbedingungen und -chancen zwangsläufig dahin, daß eine erhebliche Förderung des Wachstums in den Entwicklungsländern zumindest mit einer Senkung oder qualitativen Neuorientierung des Wachstums im Lebensstandard der Industrieländer einhergehen muß. Von diesem Ansatz aus erklären sich manche auf den ersten Blick vielleicht als „Unausgewogenheiten“ des Berichts erscheinende Passagen.

So erklärt sich damit z. B. der Hinweis des amerikanischen Teilnehmers am RIO-Projekt, James P. Grant, auf die Asymmetrie in der Behandlung der Verantwortlichkeiten der entwickelten wie der sich entwickelnden Länder bei der Erreichung von mehr Gleichheit. Mehr wirtschaftliche Gleichheit kann durch einen beträchtlich verstärkten realen Transfer – welche Erscheinungsformen er auch immer annehmen mag und welche Wege zu seiner Erreichung auch immer beschritten werden mögen – von den Industrie- zu den Entwicklungsländern und/oder durch eine beträchtlich verstärkte Mobilisierung der einheimischen Ressourcen in den Entwicklungsländern vor allem durch strukturelle Maßnahmen in den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Bereichen erreicht werden. Die von Grant erwähnte Ungleichheit in der Behandlung der Verantwortlichkeiten (zumindest in den ersten beiden Teilen des Berichts) kommt allein dadurch zum Ausdruck, daß auf die notwendigen Verpflichtungen der westlichen Industrieländer in der Regel sehr dezidiert hingewiesen wird, während die Verpflichtung der Entwicklungsländer zu internen Reformen im allgemeinen mit der Einschränkung „soweit notwendig“ versehen wird.

Zweitens erklärt dieser Ansatz z. T. auch die starke Neigung, marktwirtschaftliche Ansätze als Lösungen durch ein globales Planungs- und Verwaltungssystem zu ersetzen. Denn da einerseits sehr unwahrscheinlich ist, daß rein marktwirtschaftliche Lösungen zu derartigen Umverteilungsbewegungen führen, andererseits den Industrieländern nach den Erfahrungen der letzten beiden Jahrzehnte nicht geglaubt wird, daß sie auf freiwilliger Basis in ihren Ländern derartig einschneidende Maßnahmen zugunsten eines Realtransfers in die Entwicklungsländer durchsetzen können bzw. wollen, liegt es nahe, für die wichtigen Bereiche internationale, „demokratisch“ geleitete Behörden mit weitgehenden Planungs-, Leitungs- und Durchgriffsrechten zu schaffen. So soll u. a. der IWF zu einer Weltnotenbank ausgebaut werden, deren Schwerpunkt auf der Entwicklungsfinanzierung liegt, ein Weltfinanzamt soll über eine internationale Besteuerung (z. B. der Multis) und durch die aus der Verwaltung der Meere und des Weltraums zu erzielenden Einnahmen aus Konzessionsvergaben u. a. m. zur Einkommensumverteilung und Entwicklungsfinanzierung beitragen; hinzu sollen u. a. eine Weltwährungsbehörde, eine Weltenergiebehörde usw. treten. Angesichts dieser Vorstellungen warnt der deutsche Teilnehmer am RIO-Projekt, Helmut Hesse, zu Recht vor der Gefahr einer zu starken Bürokratisierung und Verplanung. Nach allen Erfahrungen mit und in überwiegend geplanten Wirtschaften ist die Wahrscheinlichkeit von Mißplanungen und der Verwaltung von Defiziten größer als die Chance zur Umverteilung von Überschüssen.

Bei aller erster Kritik an dem RIO-Bericht sollte aber auch gesagt werden, daß er sich selbst nach den Worten von Jan Tinbergen nicht als Entwurf einer neuen Ordnung versteht, sondern als Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion auf privater und offizieller Ebene. Daß er nicht mehr, aber auch nicht weniger sein kann, geht schon daraus hervor, daß sich auch andere Ansätze in dem Bericht finden und eine Reihe von Vorschlägen, über die sich die beteiligten Gruppierungen relativ schnell einigen könnten. Daß der Bericht schon in sich kontrovers ist und in all seinen Aspekten der weiteren Diskussion bedarf, kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß zwei Drittel der 21 Teilnehmer am RIO-Projekt zum Abschluß des Berichts mehr oder weniger einschränkende Stellungnahmen zu seinen Aussagen glauben machen zu müssen. Das Verdienst des Berichts ist es und wird es bleiben, deutlich gemacht zu haben, daß die Probleme nicht erst z. B. bei dem einen oder anderen Rohstoffabkommen ansetzen, sondern bei allen Maßnahmen auch und vor allem darauf zu achten ist, welchem gesellschafts- und ordnungspolitischen Ansatz sie zuzuordnen sind.